

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dennis Gladiator, Eckard Graage,
André Trepoll, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

Betr.: Geldautomatensprengungen bundesweit immer gefährlicher – Wirksame Präventionsmaßnahmen erforderlich!

Nie wurden in Deutschland mehr Geldautomaten gesprengt als im Jahr 2022. Die Landeskriminalämter berichten von bundesweit fast 500 versuchten oder vollendeten Sprengungen. Auch der Norden ist stark betroffen, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf Niedersachsen liegt. Rund um Hamburg wurden im vergangenen Jahr etwa zehn Geldautomaten gesprengt (Geldautomaten-Sprengungen: Das sind die Hotspots (ndr.de); REPORT MAINZ vom 14. Februar 2023 | ARD Mediathek); in der Nacht zum 21. Februar 2023 sprengten mehrere Personen einen Geldautomaten in einem Einkaufszentrum in Lohbrügge und hinterließen einen immensen Sachschaden (<https://www.mopo.de/hamburg/polizei/geldautomat-gesprengt-taeter-entkommen-der-polizei/>).

Die Täter kommen vor allem aus den Niederlanden. Hat man dort das ursprünglich weitverbreitete Phänomen der Geldautomatensprengung durch wirksame Maßnahmen nunmehr nahezu vollständig eingedämmt, herrscht hierzulande ein regelrechter Boom. Laut der zuständigen Ermittlungsbehörde habe man es eindeutig mit organisierter Kriminalität zu tun. Auch die Zahl der Täter habe deutlich zugenommen. Ursprünglich sei man von 500 bis 600 Tätern ausgegangen. Mittlerweile sollen es deutlich über 1.000 sein, die aus den Niederlanden stammen. Auch die niederländische Polizei berichtet von Bandenstrukturen, die kriminelle Aktivitäten vorbereiten, Risiken mit Sprengstoff eingehen und im Anschluss an die Geldautomatenüberfälle mit hochmotorisierten Fahrzeugen über die Autobahnen fliehen.

Besonders besorgniserregend ist das skrupellose Vorgehen der Täter. Während anfangs Gas eingesetzt wurde, um die Automaten zu sprengen, wird laut Bundeskriminalamt mittlerweile in mehr als zwei Drittel der Fälle Sprengstoff eingesetzt. Dies führt zu noch verheerenderen Schäden an den Gebäuden und der Umgebung. Neben den Beuteschäden, die sich für das Jahr 2021 mit 19,5 Millionen Euro beziffern lassen und somit pro vollendeter Tat durchschnittlich bei mehr als 100.000 Euro liegen, beziffern sich die Begleitschäden auf einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag. Diese Schäden zahlen oft die Versicherungen. Doch die Sprengungen gefährden insbesondere Menschenleben. Bei den Sprengungen entstehen hohe Splitterwirkungen, die zu großflächigen und schweren Trümmerstücken mit einem größeren Radius führen. Die teils massiven Trümmerteile erreichen Durchschlagskräfte, denen auch massive Hauswände und Fensterscheiben nicht standhalten. Personen, die über oder neben den Automaten-Standorten leben, sind den Explosionen und Bränden, die in der Folge entstehen können, unmittelbar ausgesetzt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis als Folge der Verbrechen auch Menschen ums Leben kommen. Beispielsweise hat die Staatsanwaltschaft Osnabrück bereits zwei Verfahren geführt, in denen es zu Bränden gekommen ist, wo beinahe Menschen beziehungsweise ganze Familien zu Tode gekommen sind (Geldautomatensprengungen: "Wir gefährden hier Menschenleben" | tagesschau.de).

Maßgeblich für den Eindämmungserfolg in den Niederlanden ist eine eigens für die Automaten Sprengung entwickelte Technik. Dabei werden die Geldbündel bei der Sprengung in der Geldkassette des Geldautomaten verklebt oder eingefärbt, sodass sie unbrauchbar werden. Dass flächendeckende Präventionsmaßnahmen dringend notwendig sind, wird durch die bisher wirkungslosen Impulse deutlich. Seitdem die Bundesinnenministerin Nancy Faeser im November 2022 einen bundesweiten „Runden Tisch“ zu Geldautomatensprengungen mit Vertretern der Kredit- und Versicherungswirtschaft, der Bundesbank, des Bundeskriminalamts sowie der Polizei ausgerichtet hat, der lediglich eine Erklärung mit freiwilligen Maßnahmen zur Folge hatte, wurden in Deutschland über 160 weitere Geldautomaten gesprengt.

Vor dem Hintergrund, dass die Niederlande das Phänomen der Geldautomatensprengungen durch relativ einfache Maßnahmen beendet hat, hat die Niedersächsische Justizministerin, Dr. Kathrin Wahlmann, angekündigt, eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen, falls die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Ausweislich der Anzahl der Geldautomatensprengungen des vergangenen Jahres und seit dem Treffen im November 2022 ist der Misserfolg der bisherigen Maßnahmen evident.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass in Zusammenarbeit mit Vertretern der Bankenverbände und der Kredit- und Versicherungswirtschaft gesetzliche Präventionsmaßnahmen zur Eindämmung von Geldautomatensprengungen beschlossen werden, und eine entsprechende Bundesratsinitiative zu initiieren;
2. der Bürgerschaft bis zum 31. August 2023 zu berichten.